

Niederschrift

über die 37. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 18. Juni 2020 um 20:00 Uhr
im Bürgerhaus Wächtersbach
Heinrich-Heldmann-Halle

Beginn: 20:00 Uhr *Gesetzliche Mitgliederzahl:* 37

Ende: 23:12 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigt:

a) SPD-Fraktion

1. Stadtverordneter Achim Freund
2. Stadtverordnete Bärbel Bischoff
3. Stadtverordneter Kai Löwe
4. Stadtverordneter Gerhard Werthmann
5. Stadtverordnete Astrid Feigl
6. Stadtverordneter Glenn Lawrence
7. Stadtverordneter Harald Krügel (nicht bei TOP 7)
8. Stadtverordneter Christian Kunkel
9. Stadtverordneter Gerhard Kuschnik
10. Stadtverordneter Hans Döhn
11. Stadtverordneter Heiko Appel
12. Stadtverordneter Daniel Dörsch
13. Stadtverordnete Susanne Mainka
14. Stadtverordneter Jan Frederik Beyer
15. Stadtverordneter Heinz Kehm
16. Stadtverordnete Elisabeth Rossi
17. Stadtverordneter Thorsten Massutat
18. Stadtverordneter Alfred Dörsch

b) CDU-Fraktion

19. Stadtverordnete Carola Gärtner
20. Stadtverordneter Andreas Götzl
21. Stadtverordneter Michael Creß (ab TOP 2)
22. Stadtverordneter Johannes Creß
23. Stadtverordneter Paul Piston
24. Stadtverordneter Arno Weber
25. Stadtverordneter Günter Gärtner
26. Stadtverordneter Michael Pierz
27. Stadtverordneter Dr. Manfred Ruhbaum

c) GRÜNE-Fraktion

28. Stadtverordnete Eva Bonin

- 29. Stadtverordneter Volker Laubenthal
- 30. Stadtverordnete Tanja Scheer

d) DIE LINKE-Stadtverordneten

- 31. Stadtverordnete Angelika Silberling-Antoni
- 32. Stadtverordneter Michael Schäfer

Nicht stimmberechtigt:

Bürgermeister Andreas Weiher	SPD
Stadtrat Harald Beyer	SPD
Stadtrat Werner Jung	SPD
Stadträtin Margit Bleek	SPD
Stadtrat Dr. Eberhard Müller	CDU
Stadtrat Dieter Antoni	DIE LINKE

Entschuldigt:

- 33. Stadtverordneter Lars Wendt
- 34. Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch
- 35. Stadtverordnete Ursula Werner
- 36. Stadtverordneter Jürgen Berger
- 37. Stadtverordneter Marlen Burggraf-Vogel

Erster Stadtrat Oliver Peetz	SPD
------------------------------	-----

Nicht entschuldigt:

Hinzugezogen:

Schriftführer: Verwaltungsfachangestellter Michael Kistner

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats, die Presse und die an der Sitzung teilnehmenden Bürger.

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin bittet alle Personen im Raum aufgrund der derzeitigen Corona-Pandemie den Mund- Nasenschutz die gesamte Sitzung über zu tragen. Weiter teilt sie mit, dass das Mikrofon am Rednerpult nach jedem Redebeitrag mit einer neuen Schutzhülle versehen wird und so die Hygiene sichergestellt ist.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 03. Juni 2020 unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung war nach Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin stellt auf Anfrage fest, dass gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung keine Einwendungen erhoben werden.

Zunächst lässt die stellv. Stadtverordnetenvorsteherin über einen weiteren Punkt zur Tagesordnungsordnung abstimmen:

Stellungnahme zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplan Hessen 2000
(Landesentwicklungsplan Hessen 2020)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Punkt Stellungnahme zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (Landesentwicklungsplan Hessen 2020) als TOP 3 mit auf die Tagesordnung zu nehmen

Abstimmungsergebnis: **Mit Mehrheit beschlossen**

Der Fraktionsvorsitzende einer Stadtverordnetenfraktion stellt weiter folgenden Antrag:

Er beantragt, den TOP 15, Übernahme der Finanzierungslücke beim „Pakt für den Ganzttag“ an der Grundschule „Kinderbrücke“ auf TOP 5 vorzuziehen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den TOP 15, Übernahme der Finanzierungslücke beim „Pakt für den Ganzttag“ an der Grundschule „Kinderbrücke“ auf TOP 5 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis: **Mit Mehrheit beschlossen**

Weiter teilt er mit, dass seine Stadtverordnetenfraktion den TOP 13, Einführung eines pfandmarkenbasierenden Mehrwegsystems für To-Go-Getränkebecher in Wächtersbach zurückzieht.

Die Tagesordnung für die heutige Stadtverordnetensitzung setzt sich wie folgt zusammen:

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrats
3. Stellungnahme zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplan Hessen 2000
(Landesentwicklungsplan Hessen 2020)
4. Rahmenplanung „Schlossquartier Wächtersbach“
5. Übernahme der Finanzierungslücke beim „Pakt für den Ganzttag“ an der
Grundschule „Kinderbrücke“
6. Neufassung der Friedhofsordnung der Stadt Wächtersbach
7. Kita-Schließung aufgrund der Corona Pandemie, Erlass von Betreuungskosten und
Verpflegungsentgelt
8. Bericht über Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts
gemäß § 123a Abs 1 HGO für das Haushaltsjahr 2018

9. Bauleitplanung der Stadt Wächtersbach; Aufstellung und Offenlegung eines Bebauungsplanes mit Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für das Gebiet „Dietrichsberg“ Wächtersbach
10. Beschluss über die Bebauung „Gemeinde Waldensberg (1. Änderung und Ergänzung) – Sondergebiet Seniorenpflegeeinrichtung“ Wächtersbach-Waldensberg mit Behandlung der eingegangenen Anregungen
11. Bericht Haushaltsentwicklung 2020 gemäß § 28 GemHVO (Stand: 18.05.2020)
12. Haushaltsüberschreitung im Haushaltsjahr 2019
13. Schaffung von kommunalem Wohnraum
14. Stärkung des Ausländerbeirates
15. Gesetz zur kommunalen Entscheidungsfähigkeit vom 28.03.2020; HGO § 51a Bildung eines Sonderausschusses
16. Aktionsplan für alle förderfähige Projekte

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

- 1.1 Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin teilt mit, dass alle Mandatsträger Unterlagen einschließlich einer neuen Version der Hauptsatzung sowie das Formular zur Erklärung nach § 26a erhalten haben. Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin bittet darum, dieses Formular ausgefüllt an sie oder in der Verwaltung abzugeben.
- 1.2 Weiter teilt die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin mit, dass der Saal am heutigen Tag aufgrund der Corona-Auflagen so erweitert wurde, dass Platz für insgesamt 100 Personen geschaffen wurde. Mehr Personen dürfen nicht im Sitzungssaal anwesend sein.
- 1.3 Weiter teilt die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin mit, dass eine Anfrage vorliege, die Versammlung zu verkleinern, welcher von der Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin abgelehnt wurde, da der Raum groß genug sei. Alle Mandatsträger sollen die Gelegenheit haben, ihr Mandat auszuüben. Die Entscheidungsgründe wurden der Fragestellerin sowie den Fraktionen vorab per Mail übersandt.

2. Mitteilungen des Magistrats

- 2.1 Der Bürgermeister berichtet über die Ausmaße der Corona-Pandemie und welche Spuren diese auch in Wächtersbach bisher hinterlassen hat. Besonders bedankt er sich bei der gesamten Verwaltung, die diese Situation bis zum heutigen Tag erfolgreich umsetzt und den Umzug ins Schloss auch in dieser Situation meisterte. Die Begeisterung für das Schlossprojekt sei ungebrochen und es seien sehr viel Anfragen zu Führungen vorhanden.
- 2.2 Weiter gibt der Bürgermeister die wichtigsten und neusten Entscheidungen zu den Lockerungen und weiter anhaltenden Beschränkungen der Corona-Regelungen bekannt, welche aktuell gelten.
- 2.3 Weiter berichtet der Bürgermeister über den vorläufigen Stand der Ergebnisrechnung

für den Jahresabschluss 2019.

- 2.4 Weiter erläutert der Bürgermeister die Änderungen des berichtigten Liquiditätsberichtes für das Jahr 2020, welcher den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung ausgehändigt wurde, gegenüber der Vorlage der Stadtverordnetenversammlung vom 27.02.2020.
- 2.5 Weiter gibt der Bürgermeister bekannt, dass sich der Finanzstatusbericht für das Haushaltsjahr 2020 gegenüber der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2020 vom 27.02.2020 geändert hat. Er geht insbesondere auf den Bestand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2019 ein. Der geänderte Finanzstatusbericht wurde den Stadtverordneten ausgehändigt.
- 2.6 Der Bürgermeister gibt die Übersicht der Haushaltsermächtigungen 2019 nach 2020 zur Kenntnis. Die Übersicht ist den Stadtverordneten ausgehändigt worden.
- 2.7 Der Bürgermeister gibt bekannt, dass mit Schreiben vom 16.04.2020 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 genehmigt wurde. Er berichtet aus dieser Verfügung insbesondere über folgende Inhalte:
 1. Der Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit übersteigt in 2020 die veranschlagte Tilgung.
 2. Ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht notwendig.
 3. Der Anstieg der Nettoneuverschuldung wird von der Kommunalaufsicht als kritisch gesehen. Daher wird die Kreditgenehmigung 2020 mit der Auflage verbunden, dass bei einer Kreditaufnahme für Investitionen vor Abschluss des Kreditvertrages zu berichten ist.
 4. Die klassischen Gebührenhaushalte Abfallbeseitigung, Abwasserentsorgung und Friedhofs- und Bestattungswesen schließen allesamt im Haushaltsjahr 2020 mit Defiziten im Jahresergebnis nach interner Leistungsverrechnung ab. Hier besteht ggf. weiteres Konsolidierungspotenzial.
 5. Der berichtigte Liquiditätsbericht und der überarbeitete Finanzstatusbericht sind zur Kenntnis zu geben, was wie o.a. geschehen ist.
 6. Die Genehmigung der vorgesehenen Kreditaufnahmen, der Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen sowie die Inanspruchnahme der vorgesehenen Liquiditätskredite ist erteilt.
- 2.8 Weiter teilt der Bürgermeister mit, dass der Landesrechnungshof mitteilte, dass ab dem 01.07. die Tätigkeiten für die Prüfungstätigkeiten der Körperschaften zur vergleichenden Prüfung zum Thema „Liegenschaften“ wieder aufgenommen werden.
- 2.9 Weiter teilt der Bürgermeister mit, dass der Beteiligungsbericht des Main-Kinzig-Kreises aus dem Jahr 2018 mit Datum vom 20.05.2020 übersandt wurde und dieser im Hauptamt zur Einsicht ausliegt.
- 2.10 Weiter berichtet der Bürgermeister, dass die Videoüberwachungsanlage am Bahnhof erneuert werden muss.
- 2.11 Weiter berichtet der Bürgermeister über die Beauftragung zur Errichtung von weiteren Fahrradboxen am Bahnhof, da die Möglichkeit besteht 60 % Förderung zu erhalten.
- 2.12 Weiter berichtet der Bürgermeister über die Beauftragung eines Konzeptes zur Optimierung der Kläranlagen Waldensberg und Leisenwald.
- 2.13 Weiter berichtet der Bürgermeister über den Beschluss von mehreren Stundungen im Gewerbesteuerbereich, bedingt durch die Corona-Pandemie.

- 2.14 Weiter berichtet der Bürgermeister über die Auferlegung eines Holzschutzgutachtens für den Marstall seitens der Landesdenkmalschutzbehörde, welches die Sanierungsarbeiten verzögert.
- 2.15 Weiter berichtet der Bürgermeister über einen Zuschuss des Landes Hessen für eine Drehleiter für die Feuerwehr aufgrund der überörtlichen Funktion. Hier geht es jetzt in das Vergabeverfahren.
- 2.16 Weiter berichtet der Bürgermeister über die Beauftragung der Kanalerneuerung des Regenüberlaufes in Wittgenborn.
- 2.17 Weiter berichtet der Bürgermeister, dass nun auch das letzte freie Baugrundstück im Baugebiet „Herrenweide“ verkauft wurde.
- 2.18 Weiter berichtet der Bürgermeister, dass für die Abordnungszeit des neuen Ordnungsamtsleiters, Personalkosten an das Land Hessen zu zahlen sind.
- 2.19 Weiter berichtet der Bürgermeister über eine Darlehensaufnahme für das Schloss und den Stadtumbau aus der Haushaltsermächtigung 2019.
- 2.20 Weiter berichtet der Bürgermeister über die laufende Vergabe eines Tragkraftspritzenfahrzeuges für die Feuerwehr Neudorf, und dass hier noch dieses Jahr mit einer Auslieferung zu rechnen ist.
- 2.21 Abschließend beantwortet der Bürgermeister eine Anfrage einer Stadtverordnetenfraktion zum Thema Waffenrecht.

3. Stellungnahme zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (Landesentwicklungsplan Hessen 2020)

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage ausführlich

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der in der Anlage beigefügten Stellungnahme zur 4. Änderung des Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (Landesentwicklungsplan 2020) zu. Sollten sich aus der Beschlussfassung der Nachbarstädte Bad Orb und Bad Soden-Salmünster noch Ergänzungen oder Änderungen ergeben, wird der Magistrat beauftragt, diese noch mit einzuarbeiten. Die endgültige Stellungnahme ist den Fraktionen und der Stadtverordnetenpartei zur Kenntnisnahme zu übersenden.“

Abstimmungsergebnis: **Mit Mehrheit beschlossen**

4. Rahmenplanung „Schlossquartier Wächtersbach“

Die beiden Vertreter vom Planungsbüro erläutern ausführlich mit einer Präsentation den Antrag.

Im Anschluss wurden noch offene Fragen beantwortet.

Ein Stadtverordneter teilt mit, dass der Bau- und Planungsausschuss der Vorlage einstimmig zustimmt.

Eine Stadtverordnete stellt für ihre Stadtverordnetenfraktion folgenden Änderungsantrag (Änderungen sind fettgedruckt):

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wächtersbach stimmt der Rahmenplanung „Schlossquartier Wächtersbach“, hinsichtlich Bebauung, Nebenanlagen und Parken, Freiräume sowie Infrastruktur zu.

Der Magistrat wird beauftragt die Wahl und den Ablauf des geeigneten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der Flächen für das Wohnquartier im Sinne der Rahmenplanung vorzubereiten. Neben dem klassischen Verkauf von Grundstücken durch die Stadt sollen das Bieterverfahren und die Konzeptvergabe als alternative Vergabeverfahren berücksichtigt werden. Die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Vergabeverfahren sind u.a. an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Umsetzungsstrategie dar zu stellen und **dem Haupt- und Finanzausschuss, als auch dem Bau- und Planungsausschuss zur Beratung und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung** vorzulegen.

Ferner wird der Magistrat beauftragt, **dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Bau- und Planungsausschuss ein Nutzungskonzept (einschließlich Planung) für die Rentkammer und den „Querriegel entlang der Straße Obertor“, in dem auch die Kosten hinterlegt sind, zur Beratung und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung** vorzulegen. Hierbei soll die Nutzung der Rentkammer für ein medizinisches Zentrum und der Querriegel für eine Hotelnutzung vertiefend unter Einbeziehung des Landesamtes für Denkmalschutz geprüft werden. Haushaltsmittel für diese Vorplanung stehen im Rahmen des Stadtumbaus zur Verfügung“.

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt

Im Anschluss lässt die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin über den Hauptantrag abstimmen:

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wächtersbach stimmt der Rahmenplanung „Schlossquartier Wächtersbach“, hinsichtlich Bebauung, Nebenanlagen und Parken, Freiräume sowie Infrastruktur zu.

Der Magistrat wird beauftragt die Wahl und den Ablauf des geeigneten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der Flächen für das Wohnquartier im Sinne der Rahmenplanung vorzubereiten. Neben dem klassischen Verkauf von Grundstücken durch die Stadt sollen das Bieterverfahren und die Konzeptvergabe als alternative Vergabeverfahren berücksichtigt werden. Die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Vergabeverfahren sind u.a. an den Aspekten der Qualitätssicherung und der Umsetzungsstrategie dar zu stellen und dem Haupt- und Finanzausschuss, als auch dem Bau- und Planungsausschuss zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

Ferner wird der Magistrat beauftragt dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Bau- und Planungsausschuss ein Nutzungskonzept (einschließlich Planung) für die Rentkammer und den „Querriegel entlang der Straße Obertor“, in dem auch die Kosten hinterlegt sind, zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Hierbei soll die Nutzung der Rentkammer für ein medizinisches Zentrum und der Querriegel für eine Hotelnutzung vertiefend unter Einbeziehung des Landesamtes für Denkmalschutz geprüft werden. Haushaltsmittel für diese Vorplanung stehen im Rahmen des Stadtumbaus zur Verfügung“.

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen

5. Übernahme der Finanzierungslücke beim „Pakt für den Ganztag“ an der Grundschule „Kinderbrücke“

Ein Stadtverordneter erläutert die Vorlage ausführlich.

Es erfolgten einige Wortmeldungen zum Thema.

Beschluss:

„Der Magistrat wird beauftragt, gegenüber der Schulleitung der Grundschule „Kinderbrücke“ eine Kostenzusage für die zurzeit vorhandene Finanzierungslücke beim „Pakt für den Ganztag“ an der „Kinderbrücke“ abzugeben.

Weiter wird der Magistrat ersucht, mit Nachdruck beim Schulträger die Einlösung der Zusage für die Begleitung des Paktes für den Ganztag und die vollständige Kostenübernahme einzufordern.

Solange diese Zusage des Schulträgers nicht vorliegt, sollen im künftigen Haushalt Mittel bereitgestellt werden, um diese Finanzierungslücke zu schließen.

Die Finanzierung soll in diesem Jahr aus den Mitteln des Budgetbereichs 40 – „Kinder-, Jugend-, Soziales- und Personalangelegenheiten“ erfolgen bzw. notfalls über einen Liquiditätskredit gesichert werden.“

Abstimmungsergebnis: **Mit Mehrheit beschlossen**

6. Neufassung der Friedhofsordnung der Stadt Wächtersbach

Ein Stadtverordneter erläutert die Vorlage und teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt, den Beschluss in vorliegender Form zu beschließen.

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Friedhofsordnung der Stadt Wächtersbach in vorliegender Form.“

Abstimmungsergebnis: **Mit Mehrheit beschlossen**

7. Kita-Schließung aufgrund der Corona Pandemie, Erlass von Betreuungskosten und Verpflegungsentgelt

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage.

Ein Stadtverordneter teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt, den Beschluss in vorliegender Form zu beschließen.

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Kita-Betreuungskosten und das Verpflegungsentgelt werden für die Monate April und Mai 2020 (Zeitraum 16.03. bis 15.05.2020) erlassen.

Sollte das Betreuungsverbot wegen der Corona-Pandemie anhalten oder neu ausgesprochen werden, wird der Magistrat ermächtigt, die Betreuungskosten und das Verpflegungsentgelt für weitere Schließungszeiträume zu erlassen.“

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen

8. Bericht über Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts gemäß § 123a Abs 1 HGO für das Haushaltsjahr 2018

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage ausführlich.

Ein Stadtverordneter teilt mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Beteiligungsbericht mit einer Änderung zur Kenntnis nahm. Diese Änderung wurde der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt.

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.“

9. Bauleitplanung der Stadt Wächtersbach; Aufstellung und Offenlegung eines Bebauungsplanes mit Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren für das Gebiet „Dietrichsberg“ Wächtersbach

Ein Stadtverordneter erläutert die Vorlage ausführlich und teilt mit, dass diese im Bau- und Planungsausschuss beraten wurde und einstimmig beschlossen wurde.

Es erfolgten einige Wortmeldungen zum Thema.

Eine Stadtverordnete stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung:
Da aufgrund der Uhrzeit nicht mehr alle Tagesordnungspunkte behandelt werden können, stellt sie den Antrag, die Sitzung morgen fortzuführen.

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die restlichen Tagesordnungspunkte in einer weiteren Sitzung am Freitag, 19.06.2020, 20:00 Uhr fortzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit abgelehnt

Die restlichen Tagesordnungspunkte werden somit auf die nächste Stadtverordnetensitzung nach der Sommerpause verlegt.

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt hiermit die Aufstellung des Bebauungsplanes „Dietrichsberg“ mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplanes für den Geltungsbereich. Rechtsgrundlage ist § 2 (1) in Verbindung mit § 8 (3) BauGB.

Der Entwurfsbereich des Planes soll folgende Grundstücke umfassen:

Gemarkung: **Wächtersbach**

Flur: **4**

Flurstücke: **67 teilweise, 68, 69, 70, 71, 72, 84 teilweise, 85/3 teilweise 85/4 teilweise.**

Der Magistrat wird beauftragt, alles Erforderliche zu veranlassen.“

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin folgt dem Hinweis, dass im Publikum Tonaufnahmen gemacht wurden. Sie teilte mit, dass diese nur nach vorheriger Genehmigung erlaubt seien. Auf Anfrage sprachen sich einige Stadtverordneten gegen diese Aufnahmen aus. Somit forderte sie die Bürgerin auf, diese Aufnahmen zu löschen.

10. Beschluss über die Bebauung „Gemeinde Waldensberg (1. Änderung und Ergänzung) – Sondergebiet Seniorenpflegeeinrichtung“ Wächtersbach- Waldensberg mit Behandlung der eingegangenen Anregungen

Ein Stadtverordneter erläutert die Vorlage ausführlich und teilt mit, dass diese im Bau- und Planungsausschuss beraten wurde und einstimmig beschlossen wurde.

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abwägung gemäß beiliegenden Abwägungsvorschlägen mit den protokollierten Änderungen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung eines Abwägungsvorschlages auf Seite 11. „Der Anregung wird in Teilen entsprochen. Die Gehölze werden zum Erhalt festgesetzt (siehe auch unten MKK Untere Naturschutzbehörde).“

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt hiermit gemäß § 10 BauGB den Bebauungsplan „Gemeinde Waldensberg (1. Änderung und Ergänzung) – Sondergebiet Seniorenpflegeeinrichtung“ als Satzung mit der Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses.“

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen

11. Bericht Haushaltsentwicklung 2020 gemäß § 28 GemHVO (Stand: 18.05.2020)

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage ausführlich.

„Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Haushaltsentwicklung 2020 mit Stand 18.05.2020 zur Kenntnis.“

12. Haushaltsüberschreitung im Haushaltsjahr 2019

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage ausführlich.

Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltsüberschreitungen im Haushaltsjahr 2019. Die Deckung erfolgt aus dem Deckungskreis 70 Allgemeine Finanzwirtschaft.“

Abstimmungsergebnis: Mit Mehrheit beschlossen

Eine Stadtverordnete stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung:
Da aufgrund der Uhrzeit nicht mehr alle Tagesordnungspunkte behandelt werden können/konnten, stellt sie den Antrag, noch eine Sitzung vor der Sommerpause einzuberufen.

Die Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin lässt nicht über den Antrag abstimmen, will aber den Antrag zur Geschäftsordnung prüfen.

Die Tagesordnungspunkte**13. Schaffung von kommunalem Wohnraum****14. Stärkung des Ausländerbeirates****15. Gesetz zur kommunalen Entscheidungsfähigkeit vom 28.03.2020; HGO § 51a Bildung eines Sonderausschusses****16. Aktionsplan für alle förderfähige Projekte**

Werden in der nächsten Stadtverordnetensitzung behandelt.

(Feigl)
Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

(Kistner)
Schriftführer